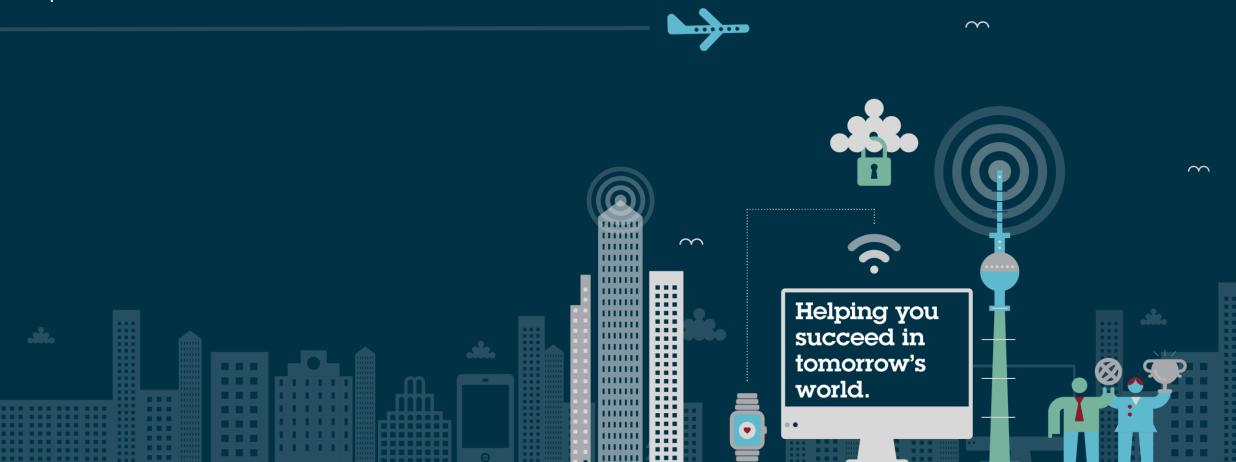
Industrial Cyber Security für den Mittelstand Rechtliche Anforderungen an IT-Sicherheit

Osborne Clarke

8. April 2022



Wer spricht da?

Adrian Schneider

- Rechtsanwalt bei Osborne Clarke in Köln
- Schwerpunkte:
 - IT-Recht
 - Datenschutz
 - Cyber Security
- Ehemaliger Softwareentwickler in den Bereichen Web, Mobile und Games
- Ausbildung u.a. bei Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
- Autor bei div. Fachpublikationen, u.a. Datenschutz-Berater, K&R, Telemedicus



Adrian Schneider Rechtsanwalt / Partner

+49 (0) 221 5108 4160 adrian.schneider@osborneclarke.com

osborneclarke.com spielerecht.de telemedicus.info

@adrschn

Was ist Cyber Security?

Die Sicherheit der Verfügbarkeit, Integrität und Vertraulichkeit informationstechnischer Systeme, insbesondere vor Angriffen und unautorisierten Zugriffen.

Allgemeines Zivilrecht Datenschutzrecht Produkthaftungsrecht **BSI-Gesetz** Produktsicherheitsrecht Telekommunikationsrecht Energierecht



Typische gesetzliche Anforderungen

Technisch-organisatorische Maßnahmen

- Allgemeine technische und organisatorische Maßnahmen zum Schutz von Daten, Systemen, Institutionen oder Personen
- Beispiele:
 - DSGVO
 - BSI-Gesetz
 - TTDSG
- In aller Regel technologieneutral und flexibel formuliert
- Spezifizierung durch Normen, Behörden, Verordnungen oder Industriestandards

Spezifische Anforderungen an bestimmte Produkte

- Konkrete Gestaltungsvorgaben für bestimmte Produkte oder Maschinen
- Beispiele:
 - Maschinenrichtlinie
 - FahrzeugzulassungsVO
 - Telekommunikationsanlagen
 - Funkanlagen
 - Energieanlagen und -netze
 - Außenwirtschaftverordnung
- Häufig sektor- oder produktspezifisch

Anforderungen an Prozesse und Dokumentation

- Pflichten für Konzeption und Unternehmensorganisation
- Beispiele:
 - Dokumentationspflichten nach DSGVO
 - Sicherheitsmanagementsystem und -konzept nach StörfallVO / Immissionsschutz
 - Systeme zur Angriffserkennung nach BSI-Gesetz (ab 1. Mai 2023)

Melde- und Informationspflichten

- Pflichten zur Information von Behörden oder Betroffenen
- Beispiele:
 - Melde- und Benachrichtigungspflichten nach DSGVO
 - Meldepflichten nach BSI-Gesetz für kritische Infrastrukturen, UBÖFI und digitale Dienste
 - Meldepflichten nach StörfallVO
 - Informations- und Warnpflichten nach Produkthaftungsrecht



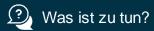
Top 3 Fälle aus der Praxis



Datenleck



Datenlecks – Rechtsfragen in der Praxis



- Sachverhalt klären: Wurden tatsächlich Daten abgezogen? Welche Daten? Wie viele? Verschlüsselt oder Klartext?
- Mitigierende Maßnahmen treffen: Lücken schließen, betroffene Accounts sperren, Passwörter zurücksetzen, etc.



Bestehen Meldepflichten?

Unter Umständen ja, zum Beispiel:

- Datenschutzbehörden bei Verlust personenbezogener Daten
- BSI bei erheblichen Beeinträchtigungen auf bestimmte Online Dienste
- BSI bei Störungen kritischer Infrastrukturen



Müssen Kunden informiert werden?

Unter Umständen ja, z.B.

- bei Verlust von personenbezogenen Daten über Kunden (Information an Betroffene), wenn potenziell ein hohes Risiko besteht
- · bei Verlust von Daten, die für Kunden verarbeitet werden (Auftragsverarbeitung)
- Bei vertraglicher Vereinbarung



Staatsanwaltschaft einschalten?

- Tendenziell ia
- Spezialisierte Staatsanwaltschaften haben zahlreiche Möglichkeiten zur Beweissicherung und Verfolgung, ggf. auch zur Wiederherstellung der Daten
- Potenziell Faktor bei Bemessung von Bußgeldern



Bestehen Schadensersatzpflichten?

- Unter Umständen ja, z.B. bei Verlust von Daten, die für Kunden verarbeitet werden
- Verlust von benötigten Informationen zur Abwehr gegen Ansprüche (z.B. Verlust von Projektdokumentationen)

Maßgeblich: Verletzung von Pflicht zu technisch-organisatorischen Maßnahmen



Bestehen Bußgeldrisiken?

Unter Umständen ja:

Potenziell Verstoß gegen Pflicht zu technischen und organisatorischen Maßnahmen unter DSGVO und BSIG

Ransomware Angriffe



Ransomware Angriffe – Rechtsfragen in der Praxis



Bezahlen oder nicht bezahlen?

- Empfehlung: Nicht vorschnell bezahlen
- · Keinerlei Garantie, dass Daten freigegeben werden
- Eigene Strafbarkeit wegen Beihilfe denkbar, insbesondere Geldwäsche



Staatsanwaltschaft einschalten?

- Tendenziell ia
- Spezialisierte Staatsanwaltschaften haben zahlreiche Möglichkeiten zur Beweissicherung und Verfolgung, ggf. auch zur Wiederherstellung der Daten
- Strafrechtliche Möglichkeiten zur Vermögenssicherung (z.B. Adhäsion)
- Individuelle Prüfung



Bestehen Meldepflichten?

- Unter Umständen ja, zum Beispiel:
 - Datenschutzbehörden bei Verlust personenbezogener Daten
 - BSI bei erheblichen Beeinträchtigungen auf bestimmte Online Dienste
 - BSI bei Störungen kritischer Infrastrukturen



Müssen Kunden informiert werden?

Unter Umständen ja, z.B.

- bei Verlust von personenbezogenen Daten über Kunden (Information an Betroffene), wenn potenziell ein hohes Risiko besteht
- bei Verlust von Daten, die für Kunden verarbeitet werden (Auftragsverarbeitung)



Bestehen Schadensersatzpflichten?

- Unter Umständen ja, z.B. bei Verlust von Daten, die für Kunden verarbeitet werden
- Verlust von benötigten Informationen zur Abwehr gegen Ansprüche (z.B. Verlust von Projektdokumentationen)

Fehlende Backups sind Pflichtverletzung!



Bestehen Bußgeldrisiken?

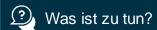
- · Unter Umständen ja.
- Fehlende Backups sind Verstoß gegen Pflicht zu technischen und organisatorischen Maßnahmen unter **DSGVO und BSIG**



Software-Sicherheitslücken



Software-Sicherheitslücken – Rechtsfragen in der Praxis



- Sachverhalt klären: Welche und wie viele Systeme sind betroffen? Welche Risiken bestehen? Welche Kunden sind potenziell betroffen?
- Mitigierende Maßnahmen einleiten: Patches einspielen (wenn verfügbar), Systeme anderweitig absichern, Umgehungsmaßnahmen



Müssen Kunden informiert werden?

Unter Umständen ja, z.B.

- wenn eigene Systeme bei Kunden onpremise betroffen sind (Schadensminderungspflicht)
- wenn Gewährleistungs- oder Pflegeansprüche bestehen
- Warnung bei Produkthaftung



Muss ich patchen?

- Bei eigenen Systemen: Ja
- Bei Kundensystemen:
 - Wenn Gewährleistung besteht
 - Wenn Wartungs-/Pflegevertragbesteht
 - · Bei Miete/Leasing
 - Bei SaaS



Bestehen Schadensersatzpflichten?

Unter Umständen ja, wenn:

- Gewährleistung, Wartungs-/Pflegevertrag, Miete/Leasing oder SaaS und
- wenn Pflichtverletzung vorliegt und
- Schaden eintritt.



Bestehen Meldepflichten?

- Unter Umständen ja, zum Beispiel:
 - BSI bei erheblichen Beeinträchtigungen auf bestimmte Online Dienste
 - BSI bei Störungen kritischer Infrastrukturen



Bestehen Bußgeldrisiken?

Nur bei Verletzung von Pflichten zu technischen und organisatorischen Maßnahmen oder wenn Schadensfall eintritt.

Bei nicht ausgenutzten Lücken in der Praxis eher nicht.

Empfehlungen für die Praxis



Empfehlungen für die Praxis

Bestandsaufnahme

Für welche Produkte können überhaupt Cyber-Risiken bestehen?

Rechtliche Analyse

Welche rechtlichen Anforderungen bestehen für Cyber-Security bei diesen Produkten? Welche vertraglichen Verpflichtungen bestehen ggü. Kunden?

Technische Analyse

Welche Angriffsvektoren bestehen? Wie können Fehler behoben werden (Updatewege)? Welche Auswirkungen ergeben sich auf Umsysteme?

Technischer Prüfprozesses

Wie können Cyber-Risiken in der Produktion identifiziert und adressiert werden?

Reaktionsplan

Wer reagiert wie auf Bekanntwerden von Sicherheitslücken? Welche Pflichten bestehen? Was muss passieren?

Mitigieren rechtlicher Risiken

ggf. Anpassung von Vertragswerken, Produktbeschreibungen oder Marketing-Material



Learning: Entscheidend ist es, seine Risiken zu kennen und rechtzeitig Prozesse zu etablieren, um Risiken idealerweise von Anfang an zu vermeiden und im Ernstfall reagieren zu können.

Vielen Dank

Osborne Clarke ist der Firmenname für ein internationales Rechtsanwaltsbüro und die damit verbundenen Abteilungen. Alle Einzelheiten dazu hier: osborneclarke.com/verein

Diese Materialien werden nur zu allgemeinen Informationszwecken geschrieben und bereitgestellt. Sie sind nicht vorgesehen und sollten nicht als Ersatz für Rechtsberatung verwendet werden. Bevor Sie sich mit einem der folgenden Themen befassen, sollten Sie sich rechtlich beraten lassen.

